

VERLORENE AUSSTRAHLUNG?

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Großbritannien

Des Freedman

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Großbritannien kämpft an verschiedenen Fronten. Im Angesicht wachsender Konkurrenz von kommerziell ausgerichteten Wettbewerbern und andauerndem Druck seitens feindlicher Regierungen haben es die Sender versäumt, ihre Zukunft in einer Umgebung abzusichern, die von ständigem technologischem Wandel und einem zunehmend skeptischen Publikum geprägt ist. In dieser Publikation werden einige der aktuellen Entwicklungen und Dilemmata untersucht, die für die großen Medienunternehmen wie die BBC und ITV von Bedeutung sind und ein Plan zur radikalen Reformierung und Modernisierung vorgestellt.

Wenn vom staatlichen Fernsehen in Großbritannien die Rede ist, geht es meist um die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten (Public Service Broadcasting = PSB). Sie werden überwacht von Ofcom, einer durch den Communications Act von 2003 als Zusammenschluss mehrerer Überwachungsorgane im Kommunikationsbereich entstandenen Kontrollinstanz. Die Sender sind verpflichtet, qualitativ hochwertige Inhalte anzubieten, die ein breites Themenspektrum abdecken und ganz unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. Dazu gehören alle BBC-Kanäle (einschließlich der digitalen ‚Portfolio‘-Dienste), die über Fernsehbeiträge finanziert werden, sowie die kommerziell finanzierten Sender ITV, Channel 4 und Channel 5.¹ Andere, auf Abonnements basierende Anbieter wie Sky und Streaming-Dienste wie Netflix und Amazon produzieren gelegentlich auch Inhalte, die denen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens ähneln. Sie gelten aber nicht als PSB und werden auch nicht auf dieselbe Weise kontrolliert.

PSB in Großbritannien bieten nachweisliche wirtschaftliche, politische und kulturelle Vorteile² – sie stimulieren

den Kultursektor, bieten den Bürger_innen Informationen und Unterhaltung und fördern den Austausch sozialer Gruppen mit- und untereinander. Dennoch sehen sich die Sender aktuell mit der Perspektive auf sinkende Einnahmen, einem sich wandelnden Konsumverhalten und einer feindseligen und polarisierten politischen Umgebung konfrontiert, die ihren weiteren Einfluss bedrohen.

Vor diesem Hintergrund benötigen sowohl die Konzeption als auch die Institutionen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens eine radikale Erneuerung, wenn sie weiterhin im Leben der Bürger_innen Großbritanniens relevant bleiben und ein Gegengewicht zu den kommerziell ausgerichteten Wettbewerbern bilden sollen. Insbesondere die BBC muss nicht nur verteidigt, sondern reformiert und modernisiert werden, wenn sie den Bedürfnissen der Zuschauer_innen gerecht werden will.

WIE PERFORMEN DIE PSB IM DIGITALEN ZEITALTER?

Ungeachtet der zunehmenden Popularität von Streaming-Diensten und Gaming erreicht das klassische Fernsehen immer noch jede Woche mehr als 90% der britischen Bevölkerung und hat einen Anteil von etwa 80% an der Gesamtmenge der geschauten Filme. Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten dominieren diesen Bereich. Auf ihre Kernsender entfallen etwa 55% des Konsums, nimmt man die Portfolio-Kanäle (wie ITV2 und More4) hinzu, sind es sogar 70%. Die verschiedenen Kanäle der PSB produzierten im Jahr 2018 etwa 32.000 Stunden originär britische Inhalte, im Vergleich dazu waren es bei Amazon und Netflix nur 210 Stunden.³ Und während die PSB zusammen 2,84 Mrd. € für inländische Inhalte ausgaben und damit einen wichtigen Beitrag

1 PSB in anderen Ländern, wie Kanada und Deutschland, mögen teilweise werbefinanziert sein, jedoch ist das ‚kommerzielle PSB‘ eine britische Besonderheit.

2 S. beispielsweise House of Lords, Select Committee on Communications and Digital: **Public Service Broadcasting: as Vital as Ever**, 5.11.2019. Die in der digitalen Fassung unterlegten URLs wurden am 4.9.2020 abgerufen.

3 Ofcom: **Small Screen: Big Debate – a Five-Year Review of Public Service Broadcasting (2014–18)**, 27.2.2020, S. 20.

zur Kreativwirtschaft Großbritanniens leisteten, waren es bei Netflix nur 302 Mio. € für britische Programminhalte.⁴

Die BBC spielt in diesem Bereich die Hauptrolle; auf sie entfallen 63% des gesamten Radio- und 31% des Fernsehkonsums.⁵ Durchschnittlich verbrachten die Zuschauer_innen bzw. Zuhörer_innen 2018 über 2,5 Stunden pro Tag mit BBC-Inhalten und widmeten sich ihnen damit weit mehr als den Inhalten jedes anderen Anbieters.⁶ Nach wie vor ist die BBC die beliebteste Nachrichtenquelle. Etwa 58% der Erwachsenen schalten dafür BBC1 ein und benennen den Sender als ihre „wichtigste“ Einzelquelle für Nachrichten. Dasselbe gilt für Online-Nachrichten, die gegenüber anderen PSB und kommerziellen Wettbewerbern viel häufiger abgerufen werden. 65% der Bevölkerung nutzen die Website oder App der BBC, im Vergleich dazu sind es bei Sky News Online nur 20%.⁷

Dieses rosige Bild verstellt jedoch den Blick auf eine recht beunruhigende Gemengelage aus sinkenden Zuschauerzahlen, demografischen Verschiebungen und politischen Interventionen, die eine ernstzunehmende Bedrohung für die finanzielle Tragfähigkeit der PSB darstellen.

Die Kanäle der öffentlich-rechtlichen Sender dominieren derzeit den effektiv schrumpfenden Markt des linearen Fernsehens, auf dem der Gesamtverbrauch seit 2010 um 20% gesunken ist.⁸ In hohem Maße sind diese Kanäle nun von einem älteren Publikum abhängig, da Erwachsene zwischen 16 und 34 Jahren inzwischen mehr Zeit mit Abonnement-basierten Streaming-Diensten, YouTube und Computerspielen verbringen als mit traditionellem Fernsehen oder dem iPlayer der BBC. Bei Jüngeren ist es ebenso wahrscheinlicher, dass sie Musik über Streaming-Dienste hören als über eine Radiostation und dass sie eher über Soziale Medien auf Nachrichten zugreifen, als über die BBC.⁹ Tatsächlich ist die BBC zwar ein Schwergewicht in Sachen Nachrichten, doch es entfallen nur 1,5% der insgesamt online verbrachten Zeit auf den Sender. Das liegt hauptsächlich daran, dass die BBC sich dagegen sträubt, die stärker interaktiven und distributiven Möglichkeiten der digitalen Welt voll zu nutzen und die nötigen Investitionen in Plattformen zu tätigen, bei denen sie nicht über einen historischen Vorteil verfügt. In jedem Fall ist es ein ernstzunehmendes Defizit, wenn die BBC für die „Digital Natives“ von Bedeutung sein will.¹⁰

4 Enders Analysis: The BBC: Benefiting the UK Creative Economy, 27.2.2020.

5 Reuters Institute: **Old, Educated, and Politically Diverse: The Audience of Public Service News**, 9/2019, S. 30.

6 Ofcom's **Annual Report on the BBC**, 24.10.2019, S. 11.

7 Ofcom: **News Consumption in the UK: 2019**, 24.7.2019, S. 58.

8 Ofcom konstatiert allein zwischen 2017 und 2018 einen Rückgang des TV-Konsums um 5%, Ofcom: **Small Screen: Big Debate**, S. 14.

9 Ofcom: **News Consumption in the UK: 2019**, S. 21.

10 Reuters Institute: **Old, Educated, and Politically Diverse**, S. 30.



Deutliche Einnahmerückgänge verstärken diese Schwachstellen zusätzlich. Die BBC musste in den vergangenen Jahren wegen stagnierender Einnahmen aus Fernsehgebühren in einem rasant wachsenden Sektor enorme Einsparungen vornehmen. 2015 wurde sie von der konservativen Regierung gezwungen, die Kosten für gebührenfreies Fernsehen für über 75-Jährige zu tragen – eine politische Entscheidung, die die BBC bis zum Jahr 2021/22 zusätzliche 275 Mio. € pro Jahr kosten wird. Hinzu kommen Verluste von 138 Mio. € durch Covid-19, die zudem einen Abbau von etwa 450 Arbeitsplätzen in diesem Jahr zur Folge hatten. Außerdem sind die Werbeeinnahmen, von denen kommerzielle PSB abhängig sind, trotz erheblich gestiegener Abonenteneinnahmen seit 2014 um mehr als 10% gesunken, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Netflix, Amazon und anderen geschwächt wird.¹¹ Durch die Corona-Pandemie wurde dieser Druck noch verstärkt – ITV und Channel 4 haben Einschnitte bei ihren Programmbudgets in Höhe von 110 Mio. € bzw. 165 Mio. € angekündigt – und den Abonnement-basierten Sendern einen weiteren Wettbewerbsvorteil beschert.

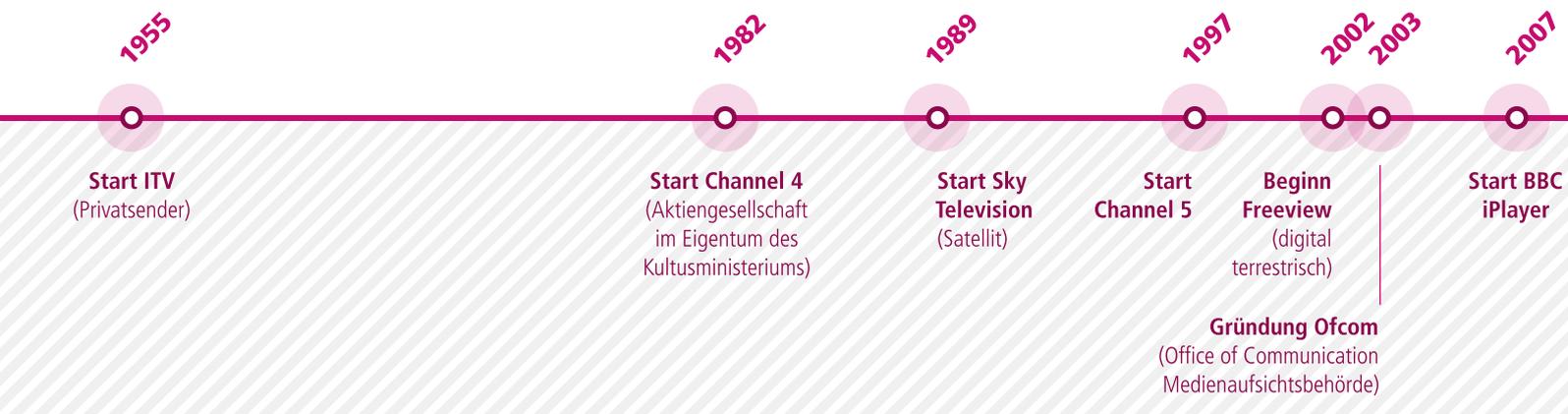
ÖFFENTLICHE ANGEBOTE UNTER BESCHUSS

Premierminister Boris Johnson ist kein großer Unterstützer des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Er hat die Möglichkeit einer Privatisierung von Channel 4 in den Raum gestellt und während des Wahlkampfes 2019 gedroht, die Fernsehgebühren, auf die die BBC angewiesen ist, abzuschaffen. Sein wichtigster politischer Berater, Dominic Cummings, beschrieb die BBC einmal als einen „Todfeind“¹² und wurde vor Kurzem dahingehend zitiert, dass er im Rahmen einer allgemeinen grundlegenden Veränderung des politischen Lebens in Großbritannien „die BBC umnieten“ wolle.¹³

11 Ofcom: **Small Screen: Big Debate**, S. 16.

12 **„Mortal Enemy“: What Cummings’ Thinktank Said about BBC**, The Guardian, 21.1.2020.

13 Rachel Sylvester: **Cummings is the Marxist of Downing Street**, The Times, 18.2.2020.



Johnson ist nicht der erste führende Politiker, der der BBC droht. Er tritt damit in die Fußstapfen der konservativen Premierministerin Margaret Thatcher, die in den 1980er Jahren versucht hatte, die BBC zu privatisieren, und des Labour-Premiers Tony Blair, der nach gelegentlich kritischen Berichten der BBC über den Irak-Krieg 2003 mit dem Sender aneinander geriet. Kleinere Scharmützel mit der BBC sind für viele Premierminister ein bewährtes Mittel, um den Sender wieder auf Regierungskurs zu bringen.

Im Falle von Johnsons Regierung jedoch kam es zu einer Eskalation derartiger Angriffe. So wurde beispielsweise erwogen, die Nicht-Zahlung der Beiträge zu „entkriminalisieren“, ein Vorstoß, der die BBC in 5 Jahren etwa 1,1 Mrd. € an Einnahmen kosten könnte. Hier sehen konservative Hinterbänkler des Parlaments nach Jahren des Drucks auf die BBC endlich ihre Chance, auf den Sender einzuprügeln, unter dem Vorwand, die Schwachen zu beschützen (die durch die Agenda der Konservativen seit 2010 weiter geschwächt worden waren).

Selbstverständlich kann über die Relevanz und Gerechtigkeit einer Einheitsgebühr diskutiert werden, doch es scheint, als sei die aktuelle Debatte eher durch den Wunsch motiviert, die BBC vor der Überprüfung der Förderung im Jahr 2022 und der Erneuerung der BBC-Charta im Jahr 2027 zu schwächen. Der einflussreiche Parlamentsausschuss für Digitales, Kultur, Medien und Sport wird aktuell von einem Kritiker der BBC, Julian Knight, geleitet und es ist davon auszugehen, dass der Premierminister versuchen wird, im Jahr 2021 einen neuen BBC-Chair einzusetzen, der die Bedenken der Regierung bezüglich der BBC teilt.

Für Unterstützer_innen der BBC wie Polly Toynbee vom Guardian ist dies ein Beweis dafür, dass die Regierung die BBC „zerstören“ oder zumindest in einen Abonnementdienst umwandeln will, wodurch ihr gemeinwohlorientierter Charakter unterminiert und die BBC letzten Endes überflüssig gemacht würde.¹⁴ Hier wird jedoch ein Konsens über die Haltung zur BBC angenommen, der so innerhalb der Regierung nicht besteht. Gleichzeitig wird über die Differenzen zwischen jenen hinweggesehen, die wie Cummings eine tiefsitzende ideologische Feindseligkeit gegenüber der BBC

verspüren, und anderen Ministern, die die Fähigkeit der BBC schätzen, während einer Krise wie der Corona-Pandemie als „sozialer Kitt“ zu wirken. Tatsächlich ist es wahrscheinlich, dass die bloße Androhung drastischer Maßnahmen sich als weit effektiver erweisen wird, um die BBC zu disziplinieren und sie dem Willen derer zu unterwerfen, die letztlich die Macht über sie haben.

Die BBC – und öffentlich-rechtliche Sender ganz allgemein – steht mit Sicherheit nicht unter dem Schutz einer radikal konservativen Regierung. Sollte Boris Johnson sein Projekt weitertreiben, so wäre die BBC aber auch kein Hindernis, das er aus dem Weg räumen müsste.

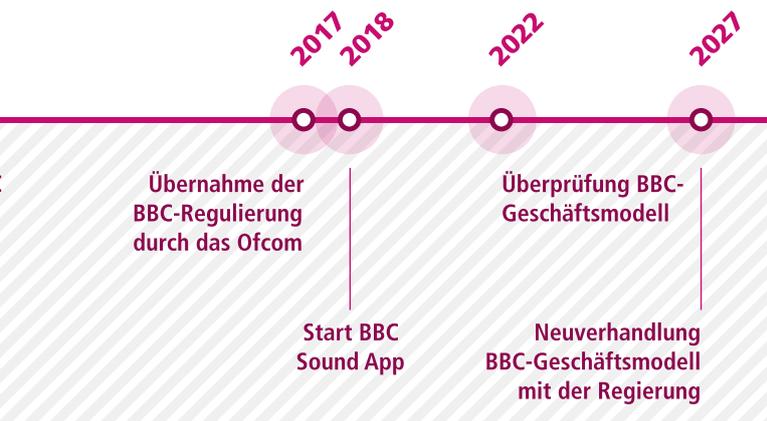
ELITEN-GEFÜHRT UND RISIKOSCHEU: VON BREXIT BIS COVID-19

Angesichts eines herausfordernden politischen, wirtschaftlichen und technologischen Umfelds fällt es den PSB schwer, ihre erklärten Ziele umzusetzen: alle Bevölkerungsgruppen angemessen zu vertreten, die Mächtigen zu hinterfragen und als vertrauenswürdige Vermittler zwischen Bürger_innen und Staat zu fungieren.

Für die BBC bedeutete das den stetigen Abbau ihrer politischen Unabhängigkeit und die Entstehung einer zunehmend vorsichtigen Leitartikel-Kultur. Gebeutelt von Jahren der Kürzungen und Auseinandersetzungen, hat besonders die BBC einen Großteil ihrer Strahlkraft eingebüßt. Jeder innovativen Entwicklung, einschließlich ihres Kunstprogramms Culture in Quarantine während des Lockdowns in Großbritannien und ihrer preisgekrönten Naturkunde-Programme, stehen ebenso große Probleme gegenüber: eine bürokratisierte Verwaltungsstruktur, ein zentralisiertes Auftragsystem, anhaltende geschlechtsspezifische Lohnunterschiede, eine deutliche Überrepräsentation von Führungskräften aus Oxford, Cambridge und entsprechenden Privatschulen sowie eine zunehmend von Eliten getriebene, risikoscheue Art von Journalismus, der die BBC einer akademischen Studie zufolge dazu gebracht habe, Zuflucht in konservativeren Enklaven zu suchen.¹⁵

14 Polly Toynbee: **Ending Free TV Licences for the Over-75s Is Johnson's First Step to Dismantling the BBC**, The Guardian, 13.7.2020.

15 Justin Lewis: **Extract: 'How the BBC Leans to the Right'**, The Independent, 14.2.2014.



Einige dieser Trends spiegeln sich in großen Nachrichtenberichten der letzten Zeit wider. Trotz lautstarker Anschuldigungen der Brexit-Befürworter_innen, die BBC sei im Referendum von 2016 ganz klar gegen einen Brexit gewesen, verfolgte die BBC eine nachdrückliche Politik der „Ausgewogenheit“, was bedeutete, dass jedem Argument, das von einer der beiden Seiten vorgebracht wurde (unabhängig von seiner Richtigkeit), ein Gegenargument (aber kein Gegenbeweis) der anderen Seite gegenübergestellt werden musste.

Die Tatsache, dass seit dem Jahr 2000 kein Politiker häufiger bei Question Time (dem führenden Programm der BBC zu aktuellen Themen) zu sehen war als der Europaabgeordnete Nigel Farage, einer der prominentesten Befürworter des Brexit, zeigt einmal mehr die Grenzen dieser routinemäßigen Herangehensweise des „Ausgleichs“. Erschwerend kommt die Neigung der BBC hinzu, in dem Bemühen, die „nötige Objektivität“ zu wahren, Ansichten, die nicht auf Fakten basieren, beispielsweise zum Klimawandel oder zur Einwanderung, eine Art „falsche Gleichwertigkeit“ zuzugestehen.

Die BBC wurde auch im Zusammenhang mit der Wahl 2019 scharf kritisiert. Zweimal musste sie Fehler einräumen: das erste Mal, als sie altes Bildmaterial benutzte, das Boris Johnson bei einem Gottesdienst am Remembrance Sunday zeigte und dabei verbarg, dass er den Kranz falsch ablegte (der damalige Labour-Vorsitzende Jeremy Corbyn wäre dafür massiv angefeindet worden) und das zweite Mal, da sie einfach den nächsten Beitrag startete, als das Question-Time-Publikum bei Boris Johnson protestierte. Dass bekannte Journalist_innen wiederholt als Verstärker für Regierungsquellen fungierten, ohne die Fakten gründlich zu prüfen, erzürnte Labour-Anhänger_innen – sie sahen darin weitere Beweise für die Feindseligkeit des Establishments gegenüber Corbyn.

Mit der Corona-Pandemie kehrten die Zuschauer_innen in Scharen zur BBC zurück. Mehr als 15 Millionen Menschen sahen Boris Johnsons Ankündigung des Lockdowns am 23. März 2020 allein auf BBC1, weitere 14 Millionen schalteten am 5. April BBC1 ein, um die Ansprache der Queen an die Nation zu sehen. 82% der Brit_innen, die online Informationen suchten, entschieden sich für die Nachrichten und die Informationen zu Covid-19 bei der BBC, wobei 36% von

ihnen BBC TV als ihre Hauptinformationsquelle angaben.¹⁶ Die BBC spielt also eine wichtige Rolle dabei, wie über diese Krise berichtet wird.

Allerdings warnten laut der Aussagen des ehemaligen Nachrichtensprechers John Humphrys leitende Angestellte der BBC Journalist_innen davor, Minister_innen unter Druck zu setzen, um ihnen direkte Aussagen zu entlocken (ein Vorwurf, der von der BBC zurückgewiesen wurde).¹⁷ Die Tatsache, dass die BBC die Aussagen offizieller Quellen zu Tests, Nachverfolgung und die Verfügbarkeit von Schutzausrüstung häufig nur wiederholte, statt sie eigens gründlich zu prüfen, ist jedoch ein Indiz, dass es derartige Warnungen tatsächlich gegeben hat.

WEISS, MITTELKLASSE UND LONDON-ZENTRIERT?

Es gibt noch eine Art Restloyalität zur BBC, insbesondere in Krisenzeiten, doch diese Loyalität wird nicht von allen geteilt. Weiße, wohlhabendere Zuschauer_innen haben mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit ein positives Bild von der BBC als jene, die zu einer ethnischen Minderheit gehören oder arm sind. Menschen aus dem Süden Englands nehmen eher wahr, dass ihre Lebensumstände im Programm der BBC angemessen repräsentiert werden, als Menschen aus Nordengland oder Schottland. Ofcom merkt dazu in seiner Bewertung der Dienstleistungen der BBC an: „Einige haben das Gefühl, als repräsentierten die BBC-Nachrichten in erster Linie die Sichtweisen der weißen Londoner Mittelklasse, die mit ihrem eigenen Leben nichts zu tun haben.“¹⁸

Damit verknüpft ist das allgemeinere Problem, dass in öffentlich-rechtlichen Sendern insgesamt nicht die volle Diversität in Großbritannien dargestellt wird. Nur 50% der Zuschauer_innen haben den Eindruck, dass ihre Region oder Nationalität in den PSB für ganz Großbritannien angemessen dargestellt wird. Ethnische Minderheiten machen bei Streaming- und Multichannel-Diensten einen größeren Anteil aus als unter klassischen Free-TV-Zuschauer_innen.¹⁹ Die Sender müssen diese Spaltungen angehen, wenn sie sich den demokratischen Defiziten und der polarisierten Politik widmen wollen, die in den letzten Wahlen so deutlich hervorgetreten sind.

16 Ofcom: **Covid-19 News and Information: Consumption and Attitudes**, 9.4.2020.

17 **BBC Bosses Have Warned Interviewers not to Put Ministers under Pressure over Coronavirus Crisis, Says Former Today Presenter John Humphrys**, Daily Mail, 11.4.2020.

18 Ofcom: **Review of BBC News and Current Affairs**, 24.10.2019, S. 3.

19 Ofcom: **Small Screen: Big Debate**, S. 23.

SCHLUSSFOLGERUNG UND EMPFEHLUNGEN

Die britischen PSB wurden durch Angriffe der Politik sowie durch das Auftauchen kommerzieller Wettbewerber wie Sky, Netflix und Amazon und digitaler Vermittler wie Google und Facebook geschwächt. Ihr Ruf als unabhängige und innovative Anbieter hat darunter zum Teil gelitten. Sie haben sich zu lange auf ihr gutes Image weltweit und ihre Vormachtstellung in der heimischen Medienlandschaft verlassen – Vorteile, die rasch schwinden.

Doch der Bedarf an einer Medienlandschaft, die ein Gegengewicht zum Regierungsdruck, zur „Clickbait“-Logik kommerziell ausgerichteter Unternehmen und zum wachsenden Einfluss einer unregulierten Technologiebranche bildet, ist größer als je zuvor.

In dieser Situation müssen sich die öffentlich-rechtlichen Sender als Schöpfer und Vertreiber von Inhalten neu erfinden. Dabei ist es zentral, ein kommunikatives Umfeld zu schaffen, das nachhaltig finanziert und ansprechend für ein jüngeres Publikum ist. Es darf nicht von persönlichen Interessen getrieben sein, müsste diverser im Hinblick auf das eigene Personal und die Produkte sein sowie über ein gutes Gefühl für die sich verändernde politische Tektonik der Nation verfügen.

Die nachfolgenden Empfehlungen sind dazu angetan, einen Prozess demokratischer Erneuerung zu befördern. Er würde es den öffentlich-rechtlichen Sendern ermöglichen, das Vertrauen des Publikums, dem sie verpflichtet sind, zurückzugewinnen.

- Die Sender müssen eine neue „digitale Kehrtwende“ vollziehen und ihre Ausgaben für Inhalte erhöhen, die auf Plattformen abzielen, auf denen jüngeres Publikum zu finden ist.
- Auftragsbudgets und redaktionelle Funktionen sollten weiter dezentralisiert werden und auf die verschiedenen Nationen und Regionen Großbritanniens verteilt werden.
- Berufungen in den Vorstand der BBC und Entscheidungen über die Höhe der Fernsehbeiträge (und andere zukünftige Finanzierungsmodelle) sollten nicht bei der Regierung liegen, sondern bei einem unabhängigen Gremium.
- Die Sender sollten zusätzliche Mittel für Inhalte bereitstellen, die sich insbesondere an People of Color und ethnische Minderheiten richten.
- Die Leitungsgremien von öffentlich-rechtlichen Sendern sollten von den Bürger_innen gewählt werden und auch Vertretungen der Mitarbeiterschaft enthalten.
- Es sollte eine spezielle Regulierungsinstanz für den Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien geben, die angemessene Standards im Hinblick auf Unternehmensführung, Inhalte, Zugang zu den Dienstleistungen und Diversität durchsetzt.
- Es sollte eine neue öffentliche Organisation für den Bereich der digitalen Medien geschaffen werden, vergleichbar der von Jeremy Corbyn in seiner Rede auf dem Edinburgh Television Festival im Jahr 2018 vorgeschlagenen British Digital Corporation²⁰. Diese würde plattformübergreifend daran arbeiten, zukunftsweisende, öffentlich-rechtliche digitale Inhalte zu erzeugen und mit anderen Anbietern von Inhalten wie Museen, Universitäten, Theatern und lokalen sowie überregional agierenden Mediengruppen zusammenarbeiten.
- Diese neue Struktur sollte technologische Lösungen zur Förderung der demokratischen Teilhabe, Vermeidung der Verbreitung von Fehlinformationen und zur Nutzung von Daten zum Wohle der Öffentlichkeit entwickeln, um der wachsenden Besorgnis bezüglich einer möglichen Überwachung und fehlender Transparenz der Algorithmen entgegenzuwirken.
- Die britische Regierung sollte eine spezielle Abgabe für digitale Intermediäre in Erwägung ziehen, mit der geeignete gemeinnützige Organisationen dafür bezahlt werden könnten, Online-Nachrichten zu produzieren, die von öffentlichem Interesse sind und mit etablierten Sendern geteilt werden könnten.

²⁰ Jeremy Corbyn: [Alternative MacTaggart Lecture](#), 23.8.2018.

AUTOR



Foto: privat

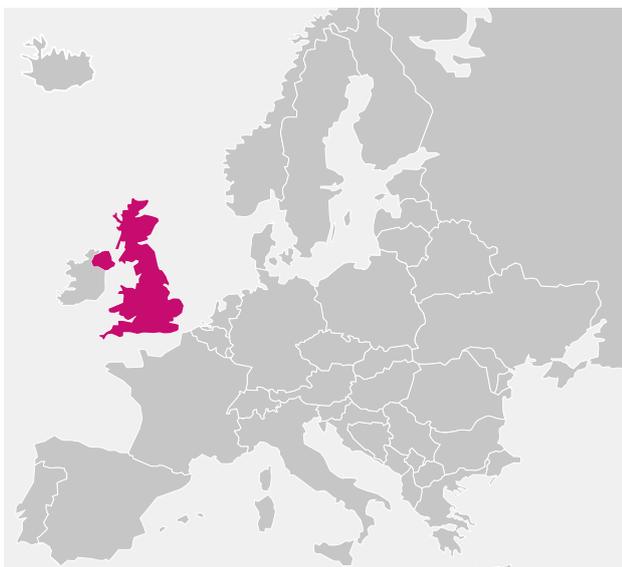
Des Freedman ist Professor für Medien und Kommunikation am Goldsmiths, University of London. Er leitete die Untersuchung zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Fernsehens unter dem Vorsitz von Lord Puttnam im Jahr

2016 und gehört zu den Gründungsmitgliedern der Media Reform Coalition. Zuletzt war er als Co-Autor an der Publikation "The Media Manifesto" (Policy Press 2020) beteiligt.

REIHE: ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK IN EUROPA

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) gerät in verschiedenen europäischen Ländern zunehmend unter politischen Druck und wird finanziell eingeschränkt. Auch in Deutschland werden immer wieder grundsätzliche Rechtfertigungen vom ÖRR verlangt; gleichzeitig nehmen Ansprüche an die Rundfunkanstalten nicht ab. Im Gegenteil werden z.B. eine zügige Umstrukturierung der Medienhäuser, Verschiebung der linearen Inhalte auf moderne Digitalangebote sowie weiterhin die Erreichung einer breiten, heterogenen Öffentlichkeit erwartet.

Um zu verstehen, welchen Stellenwert der ÖRR hat und dass dieser zum Wohl der Demokratie geschützt werden muss, lohnt sich ein Blick in andere europäische Länder. Diese Publikation ist die erste in einer Reihe von „Länderberichten“ zum Stand des ÖRR. Wir erwarten eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen, die in Deutschland und auf europäischer Ebene weiter diskutiert werden sollen.



IMPRESSUM

9/2020

Friedrich-Ebert-Stiftung
Medienpolitik
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

www.fes.de/medienpolitik

Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro London
44 Charlotte Street
W1T 2NR London

www.fes-london.org

Verantwortlich für die Publikation in der FES

Katrin D. Dapp, Dr. Philipp Kufferath, Bonn
Juliane Itta, Christos Katsioulis, London

Bildverzeichnis

Titel: Nicolas Lladino Silva, unsplash
Karte: Designed by Freepik

Übersetzung

Vorlage: Norbert Zänker & Kollegen

Gestaltung

Bergsee, blau

Verlag

Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

ISBN 978-3-96250-650-6

Die in der Publikation vertretenen Ansichten entsprechen nicht notwendigerweise denen der Friedrich-Ebert-Stiftung.

CC BY-NC-ND 4.0

**Bisher in dieser
Reihe erschienen**
Großbritannien